



Informationen zur Datenverarbeitung

Die nachfolgenden Informationen betreffen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere dem Niedersächsischen Schulgesetz (NSchG), der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), zur Bearbeitung Ihres Anliegens. Wenn die Landeshauptstadt Hannover personenbezogene Daten verarbeitet, bedeutet das, dass wir diese Daten z. B. erheben, speichern, verwenden, übermitteln oder löschen. Die Daten werden gespeichert, solange sie zur Erfüllung des Zwecks benötigt werden, längstens jedoch fünf Jahre nach Erstkontakt.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, warum wir Ihre personenbezogenen Daten erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an welche Ansprechpartner*innen Sie sich diesbezüglich wenden können.

1. Kontaktdaten

Verantwortliche Stelle i.S. von Art. 13, 14 DSGVO

Landeshauptstadt Hannover
Der Oberbürgermeister
Trammplatz 2
30159 Hannover
0511/168-42298
OB@hannover-stadt.de

Ihre Ansprechpartner*innen

Zuständige Stelle für die Datenverarbeitung	Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Fachbereich Schule, 40.13 Bildungsbüro Brüderstraße 5 30159 Hannover 0511/168-31061 schulberatung@hannover-stadt.de	Der Datenschutzbeauftragte OE 18.DSB Breite Straße 10 30159 Hannover 0511/168-45355 18.DSB@hannover-stadt.de

2. Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei uns

Zweck der Verarbeitung

Das Bildungsbüro Hannover verarbeitet im Rahmen der Schulberatung zum Zwecke der Schulplatzklärung folgende personenbezogene Daten von Ihnen:

- Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben
- Staatsangehörigkeit, Geburtsdaten schulpflichtiger Kinder
- Schulhistorie, Schulzeugnisse, Ergebnisse von Beurteilungen
- Gegebenenfalls Feststellungen zum Bedarf sonderpädagogischer Unterstützung
- Sprachkenntnisse und weitere Fähigkeiten, die Schulwahl zur beitragen können



Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit .e Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 31 Abs. 1 Nr. 1 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG) sowie nach Art. 6 Abs. 1 lit.a DSGVO mit Ihrer Einwilligung.

3. Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten von uns bei Dritten

Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten bei Dritten, soweit wir die Daten zur Erfüllung unserer Aufgaben benötigen oder Sie der Erhebung zugestimmt haben, sowie aus öffentlich zugänglichen Informationsquellen (z.B. öffentlichen Registern, Bekanntmachungen), insbesondere in den folgenden Kategorien:

Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

- Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben
- Staatsangehörigkeit, Geburtsdaten schulpflichtiger Kinder
- Schulhistorie, Schulzeugnisse, Ergebnisse von Beurteilungen
- Gegebenenfalls Feststellungen zum Bedarf sonderpädagogischer Unterstützung
- Sprachkenntnisse und weitere Fähigkeiten, die zur Schulwahl beitragen können

Aus folgenden Quellen stammen die Daten

Öffentlich zugänglich?

Schulen	Nein
Fachbereich Öffentliche Ordnung	Nein
Unterkünfte der Familien bzw. der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge	Nein
Migrationsstellen	Nein
Fachbereich Jugend und Familie	Nein

4. Speicherdauer Ihrer personenbezogenen Daten bei uns

Speicherdauer bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer

- Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten maximal fünf Jahre nach der Erstberatung, um Ihrem Anliegen bei Rückfragen bzw. Folgefragen gerecht werden zu können. Nach Ablauf der Frist werden Ihre personenbezogenen Daten zur statistischen Auswertung anonymisiert bzw. gelöscht.

5. Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten von uns an Dritte

Empfänger*innen oder Kategorien von Empfängern

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen der Schulplatzklärung an allgemeinbildenden, Förder- und berufsbildenden Schulen, freie Schulen, der Fachbereich Schule der Region Hannover sowie an das Regionale Landesamt für Schule und Bildung Hannover (einschließlich des RZI Hannover) auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit § 31 Abs. 1 Nr. 1 NSchulG oder nach Art.6 Abs. 1 lit. a DSGVO, wenn Sie der Datenübermittlung zugestimmt haben.

6. Betroffenenrechte nach Art. 15 ff. DSGVO

Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen (Art. 15 DSGVO). In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren gemacht werden.

Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen (Art. 16 DSGVO).

Recht auf Löschung

Sie können unter den Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden (vgl. Ziffer 4.).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

In den in Art. 18 DSGVO genannten Fällen (z.B. wenn Sie die Richtigkeit Ihrer gespeicherten Daten bestreiten) haben Sie das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Eine Verarbeitung kann trotz Einschränkung dennoch erfolgen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch

Sie haben ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, und sofern an der Verarbeitung kein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

Widerrufsrecht bei Einwilligung

Beruhet die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Bitte beachten Sie, dass in diesem Fall die Nutzung unserer Angebote für Sie nicht mehr möglich sein könnte.

Recht auf Beschwerde

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, Beschwerde einlegen.

Allgemeine Hinweise zu diesen Rechten

In einigen Fällen können oder dürfen wir Ihrem Anliegen nicht entsprechen. Sofern es gesetzlich zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Ablehnung mit.

Wir werden Ihnen aber grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für eine abschließende Klärung brauchen, erhalten Sie eine Zwischennachricht.